

Wirtschaft und Politik

## Zu Guttenbergs Formel: Kleiner, besser, billiger

Rüdiger Scheidges Berlin Nach der Kanzlerin hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gestern die Koalitionsexperten darüber informiert, wie er die Bundeswehr radikal verkleinern und die Wehrpflicht auszusetzen will. Den Parlamentariern präsentierte er gestern fünf Modelle. Dabei machte er seine Präferenz klar: Nach seinen Vorstellungen soll die Truppe in den nächsten Jahren von derzeit 252 000 auf bis zu 163 500 Soldaten verkleinert werden.

Das wird nicht das letzte Wort zur Bundeswehrreform bleiben. Selbst Guttenberg räumte gestern ein, dass unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bis zu 180 000 Soldaten möglich seien.

Nach Informationen des Handelsblatts steht Bundeskanzlerin Angela Merkel Guttenbergs Plänen skeptisch gegenüber und will eine Aussetzung der Wehrpflicht allenfalls nach einer Übergangszeit befürworten. Derzeit präferiert sie unter den von Guttenberg präsentierten Modellen das "Modell 5", das eine Obergrenze von 200 000 bis 210 000 Soldaten zieht und vorläufig die Wehrpflicht beibehält. Nach diesem Modell sollen jährlich 30 000 Wehrpflichtige gezo-gen werden.

Merkel wie Guttenberg wollen die Wehrpflicht im Grundgesetz verankert lassen, der Verteidigungsminister will jedoch keinerlei Verpflichtung zum Wehrdienst beibehalten, stattdessen einen freiwilligen Wehrdienst mit einer Länge von 12 bis 23 Monaten anbieten. Der soll vor allem den nötigen Nachwuchs für die Berufsarmee sichern.

Sein Ministerium geht in einer Modellrechnung von 7500 Freiwilligen sowie 156 000 Berufs- und Zeitsoldaten aus. Guttenberg will dabei die Bundeswehr "kleiner, besser und billiger" machen. Letzteres Ziel wird von Experten in Zweifel gezogen. Auch Mitglieder von Union und SPD stellen ein wesentliches Einsparvolumen durch das Ende der Wehrpflicht in Abrede. Auch die FDP, die Guttenbergs Pläne stützt, hat Ersparnisse stets bezweifelt.

Zwar beteuerte Guttenberg gestern erneut, die geplante Aussetzung der Wehrpflicht erfolge keineswegs aus Kostengründen. Bisher aber bleibt der Verteidigungsminister jede sicherheits- oder bündnispolitische Begründung schuldig. Wie sich eine radikal dezimierte Bundeswehr in der neuen Nato-Struktur und im Rahmen der europäischen Nachbarn einfügen und bewähren soll, bleibt unbekannt.

Guttenbergs Bundestagsfraktion, die Fraktion von CDU/CSU, ist in der Frage der Wehrpflicht gespalten. Allerdings sind die unter der Hand bekannt gewordenen Zweifel der Kanzlerin an Guttenbergs Radikalreform nicht ohne Wirkung geblieben. Die wenigen Befürworter einer Aussetzung der Wehrpflicht halten sich seit dem Wochenende merklich zurück. Stattdessen treten Guttenbergs Gegner wieder in den Vordergrund.

Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) forderte wie auch andere Ministerpräsidenten der Union seine Partei zu einer gründlichen Debatte auf. "Dass ich ein Befürworter der Wehrpflicht bin, ist bekannt." Hessens Noch-Regierungschef Roland Koch (CDU) betonte: "Wir haben nur wenig finanzielle Mittel, aber wir müssen die Bundeswehr in der Gesellschaft weiter fest verankern."

Auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, machte erhebliche Bedenken gegen ein Aussetzen der Wehrpflicht deutlich. In Kenntnis der Position Merkels, die eine Übergangsfrist will, sagte er: "Zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht für mich ein Aussetzen nicht zur Diskussion." Überhaupt denkbar sei ein solcher Schritt frühestens im nächsten Jahr, wenn nach einer Debatte in der Union klar sei, dass dies "die übereinstimmende Meinung in unserer Partei, CSU und CDU, ist". Die CSU ist strikt gegen Guttenbergs Pläne. Niemand in Merkels Umfeld rechnet mit einem Umfallen von CSU-Chef und Ministerpräsident Horst Seehofer. Koalitionspartner FDP ist wie Guttenberg für ein Aussetzen der Wehrpflicht. Die SPD lehnt Guttenbergs Pläne ab, Grüne und Linke sind für die völlige Abschaffung der Wehrpflicht.

Kasten: SPARZWANG

Regierungspläne Nach der bisherigen Beschlusslage des Kabinetts soll der Staat durch die Bundeswehrreform bis 2014 rund 8,3 Mrd. Euro einsparen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat aber bereits deutlich gemacht, dass sie keine Reform zu Lasten von Deutschlands Sicherheit wolle und dieser Sparbeitrag

deshalb auch verringert werden könnte.

Mitsprache Regierungschefin Merkel will über die Reform erst nach intensiver politischer Debatte entscheiden. Entscheidend werden die Parteitage von CSU und CDU im Oktober und November sein.

Scheidges, Rüdiger

## Modelle für die neue Bundeswehr



Berufs- und Zeitsoldaten



Wehrpflichtige (künftig zum Teil freiwillig)

### Jetziger Stand



189 000 Berufs- und Zeitsoldaten

56 000 Wehrpflichtige (inkl. freiwillig länger dienende Wehrpflichtige)

245 000 Soldaten



### •Modell 1



155 000 Berufs- und Zeitsoldaten

50 000 Wehrpflichtige

205 000 Soldaten



### •Modell 2



150 000 Berufs- und Zeitsoldaten

Wehrpflicht bleibt, wird aber ausgesetzt

150 000 Soldaten



### •Modell 3



156 000 Berufs- und Zeitsoldaten (reine Berufsarmee)

156 000 Soldaten



### •Modell 4 (zu Gutenbergs bevorzugte Variante)



156 000 Berufs- und Zeitsoldaten

7 500 Wehrpflichtige

(freiwilliger „Schnupper“-Wehrdienst, 12 bis 23 Monate)

163 500 Soldaten



### •Modell 5



180 000 Berufs- und Zeitsoldaten

30 000 Wehrpflichtige

210 000 Soldaten



Handelsblatt

Quelle: Eigene Recherche

Handelsblatt Nr. 162 vom 24.08.2010

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).